



Presseschau vom 21.05.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

de.sputniknews.com: **Alles, nur kein Stromer: So fährt Lada in die Zukunft**

Zehn komplett neue Modelle will der Fahrzeughersteller Lada bis 2026 auf den Markt bringen. Der Schwerpunkt liegt auf Design, Technologie und Konnektivität. Auf eigenen Elektroantrieb verzichtet der russische Autokonzern bewusst. ...

<https://sptnkne.ws/C2ng>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **USA bauen Sanktionen gegen Iran aus**

Das US-Finanzministerium hat Sanktionen gegen den Iran ausgebaut. Entsprechende Dokumente wurden auf der Homepage des Ministeriums veröffentlicht.

Betroffen seien neun iranische Bürger und drei Einrichtungen im Land. Darunter seien ein mit den iranischen Rechtsschutzorganen verbundener Fonds sowie Innenminister Abdolreza Rahmani Fazli, hieß es.

Russland bescheinigt USA mangelnde Iran-Politik

Zuvor hatte Michail Uljanow, Russlands Botschafter bei internationalen Organisationen in Wien, den USA mangelnde Politik gegenüber der Islamischen Republik vorgeworfen. „Es entsteht der Eindruck, dass die USA die Folgen ihrer Iran-Politik schlecht kalkulieren“, schrieb der Diplomat im Kurznachrichtendienst Twitter.

„Wenn die USA den Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (zur Lösung des iranischen

Atomproblems) kippen, wird das Zusatzprotokoll, das intensive Kontrollen im Iran zum Inhalt hat und ein hohes Niveau an Transparenz gewährleistet, das erste Opfer dieser Politik sein. Wollen die USA denn wirklich darauf hinaus?“, fragt Uljanow.

Lage im Karibik spitzt sich zu

Im Dauerstreit zwischen dem Iran und den USA droht eine nächste Konfrontation – und zwar in der Karibik, wie die Zeitung „Stuttgarter Nachrichten“ tags zuvor in ihrer Onlineausgabe schrieb. Demnach habe der Iran fünf Öltanker auf die lange Reise nach Venezuela geschickt, um dem ebenfalls von US-Sanktionen betroffenen Präsidenten Nicolas Maduro zu helfen. „US-Kriegsschiffe könnten versuchen, die iranischen Tanker vor der venezolanischen Küste aufzuhalten. Für diesen Fall droht der Iran bereits mit Vergeltung, und die Erfahrung zeigt, dass dies keine leere Drohung ist. Erst vor wenigen Wochen hatten iranische Schnellboote im Persischen Golf amerikanische Kriegsschiffe bedrängt und beide Länder an den Rand einer militärischen Auseinandersetzung gebracht“, hieß es.

de.sputniknews.com: YouTube sperrt russische Medien – Moskau nimmt Stellung

Spezialisierte internationale Strukturen und Menschenrechtsaktivisten sollten auf die Sperrung von drei russischen Medienchannels durch den YouTube-Video-Hosting reagieren, erklärte am Mittwoch das Außenministerium Russlands.

Früher wurde bekannt, dass der Service das YouTube-Konto des TV-Senders „Krim 24“ sowie der Nachrichtenagenturen „Anna News“ und „News Front“ gelöscht hat. Im Außenamt wurde darauf hingewiesen, dass die entsprechende Entscheidung unter einem eindeutig vorgetäuschten Vorwand getroffen worden sei.

Diplomaten äußerten in diesem Zusammenhang, dass „Krim 24“ eine der beliebtesten Informationsquellen auf der russischen Halbinsel sei, nach deren Sperrung etwa 30.000 Abonnenten den Zugang zu Videomaterialien, die zig Millionen Aufrufe hatten, verlieren. „Die Tatsache, dass YouTube keine überzeugenden Fakten zur Erklärung seiner Aktionen lieferte sowie dass die Beschwerde des Channel-Teams immer noch unbeantwortet bleibt, ist inakzeptabel“, so das Außenministerium.

Das Ministerium stuft die Aktionen des Video-Hostings als einen „Akt der Diskriminierung“ russischsprachiger Medienressourcen ein.

Das Außenamt beklagte zudem, dass die Politik der amerikanischen Behörden die internationalen Verpflichtungen der USA zur Gewährleistung des freien Zugangs zu Informationen, der Medienfreiheit und der freien Meinungsäußerung grob verletze.

vormittags:

de.sputniknews.com: USA blockieren Russlands Erklärungsentwurf im UN-Sicherheitsrat zu Venezuela

Die USA haben den von Russland eingebrachten Entwurf einer Erklärung des UN-Sicherheitsrates zur Achtung der Souveränität Venezuelas nach einem Invasionsversuch in dieses lateinamerikanische Land blockiert. Das teilte der stellvertretende russische UN-Botschafter Dmitri Poljanski am Mittwochmorgen via Twitter mit.

Der UN-Sicherheitsrat diskutierte am Mittwoch über den jüngsten bewaffneten Invasionsversuch in Venezuela. Am 3. Mai hatten venezolanische Sicherheitskräfte laut dem Außenminister des Landes, Jorge Arreaza, einen Angriff kolumbianischer Kämpfer auf Schnellbooten verhindert.

Acht Täter seien getötet worden. Die restlichen, darunter zwei US-Bürger, seien festgenommen worden. Staatschef Nicolas Maduro sagte, sie hätten zu Trumps Sicherheitspersonal gehört. Den Angriff bezeichnete Maduro als Versuch, ihn zu stürzen. Die

USA und Kolumbien haben jegliche Beteiligung an dem Vorfall bestritten. Laut dem russischen Erklärungsentwurf lehnen die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates jegliche Gewalt ab, was auch in der Charta der Organisation verankert ist. Sie bekräftigen ihr Festhalten an den Resolutionen zur Verurteilung von Terrorismus und all seiner Formen sowie des Einsatzes von Söldnern. Das Dokument ruft zur Lösung der aktuellen Situation in Venezuela durch einen Dialog zwischen den Bürgern des Landes auf, ohne Einmischung von außen und bei völliger Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität Venezuelas. „Das war ein von Russland vorgeschlagenes Projekt. Keine Anschuldigungen, nur die Unterstützung grundlegender Dinge“, schrieb Poljanski. Die USA haben das Dokument jedoch blockiert.

„Haben Sie noch Fragen dazu, wie „konstruktiv“ die US-Position zu Venezuela ist?“, empört sich der Botschafter.

In Venezuela dauern sich Anfang 2019 Proteste gegen den Präsidenten Maduro an. Der Oppositionsführer Juan Guaido, den sowohl die USA als auch Kolumbien unterstützen, hatte sich Anfang 2019 zum Interimspräsidenten erklärt, nachdem Massenproteste gegen Maduro das Land erschütterten hatten.

Die USA und europäische Länder erkannten Guaido als neuen Staatschef an, Präsident Maduro sprach von einem von Washington inszenierten Putschversuch. In Venezuela kann sich Guaido bisher aber nicht durchsetzen. Auch international stehen mehrere Staaten, darunter Russland und China, weiter zu Präsident Maduro.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31286/49/312864909_0:252:3153:1954_1000x0_80_0_1_41058509f636cf327b09b9c36b7efa55.jpg.webp

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 20. Mai wurde ein Feuerangriff von Seiten der BFU registriert.

Beschossen wurde **Kalinowka**.

Geschossen wurde mit Granatwerfern, insgesamt sechs Geschosse.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Venezolanische Armee will iranische Öltanker eskortieren**

Im Konflikt um Benzinlieferungen nach Venezuela wollen die Streitkräfte des südamerikanischen Landes fünf iranische Öltanker auf dem letzten Streckenabschnitt bis an die Küste eskortieren. Das kündigte Verteidigungsminister Vladimir Padrino an.

„Wenn diese Tanker unsere ausschließliche Wirtschaftszone erreichen, werden sie von Schiffen und Flugzeugen der venezolanischen Streitkräfte eskortiert“, so der venezolanische Verteidigungsminister.

Die Schiffe hatten zuletzt Gibraltar passiert und dürften Venezuela Ende Mai oder Anfang Juni erreichen.

Am 20. Mai hatte die Zeitung „The Wall Street Journal“ berichtet, dass die Administration von US-Präsident Donald Trump die Möglichkeit der Verhängung von neuen Sanktionen gegen den Iran erwäge, um den Export von iranischem Erdöl nach Venezuela zu stoppen. Nachdem fünf iranische Tanker nach Venezuela geschickt wurden, erwägt man Sanktionen gegen die Crews der Tanker und die Beschlagnahmung dieser Schiffe im Fall der Nachtankung in Häfen von Drittländern.

Die iranische Nachrichtenagentur Fars berichtete, die US-Marine könnte möglicherweise versuchen, die Öltanker auf ihrem Weg nach Venezuela zu stoppen. Das sei „illegal und eine Form der Piraterie“, schrieb Irans Außenminister Mohammed Dschawad Sarif in einem Brief an UN-Generalsekretär Antonio Guterres.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 20. Mai 3:00 Uhr bis 21. Mai 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 8. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Oserjanowka, Schirokaja Balka, Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Siedlung des Bergwerks 6/7), Spartak, Donezk (Volvo-Zentrum).**

Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU gestern um 7:45 Uhr die Siedlung des Bergwerks 6/7 in Gorlowka mit Mörsern beschossen, im Ergebnis wurden folgende Schäden festgestellt:

- Konew-Straße 36 (Fassade, Fensterverglasung, Zaun);
- Konew-Straße 37 (Fensterverglasung);
- Konew-Straße 39 (Fensterverglasung).

Außerdem fand gestern eine Pressekonferenz des Leiters der Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess R. Ch. Jakubow statt, auf der er in die Ergebnisse des ersten Jahres der Regierung Selenskijs zusammenfasste.

Im Zusammenhang mit der nicht endenden militärischen Aggression der BFU wurden die Einheiten der Volksmiliz der DVR gemäß einer Anweisung des obersten Kommandeurs in erhöhte Gefechtsbereitschaft versetzt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 73.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 127.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: USA wollen iranische Öllieferungen nach Venezuela blockieren – Bericht

Die US-Regierung erwägt neue Sanktionen und andere rechtliche Maßnahmen, um den Export von iranischem Öl nach Venezuela zu blockieren. Dies berichtet die US-Zeitung „The Wall Street Journal“ (WSJ) unter Berufung auf US-Beamte.

Mit erneuten Strafmaßnahmen wolle Washington darauf reagieren, dass der Iran zuvor fünf Öltanker nach Venezuela geschickt hat, um der ebenfalls von US-Sanktionen betroffenen Regierung von Nicolas Maduro zu helfen, hieß es. Die Trump-Administration würde derzeit beraten, wie aggressiv die Reaktion auf die iranischen Aktionen sein sollte.

Die US-Behörden versuchten, einen Weg zu finden, um die iranischen Öllieferungen nach Venezuela zu verhindern. Als mögliche Maßnahmen gelten Sanktionen gegen die Besatzung von Tankern oder deren Beschlagnahmung durch ein Gericht in den USA wegen Verletzung des US-Rechts. Allerdings sei diese Option nur dann möglich, wenn die Tanker auf ihrem Weg in den Iran an einem Hafen anhalten, um zu tanken.

Mehrere US-Beamte sprechen sich demnach für Zurückhaltung aus und sind der Ansicht, dass die USA nur dann eingreifen sollten, wenn der iranische Ölexport andauert, schreibt die Zeitung.

Die Beamte seien der Ansicht, es sei theoretisch möglich, dass die US-Navy, die eine Anti-Drogen-Operation in der Karibik durchführt, iranische Tanker inspizieren könnte. Ein Marinevertreter habe jedoch zuvor die Idee abgelehnt, die karibische Flotte zum Stoppen iranischer Schiffe einzusetzen.

Zuvor hatte die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf einen hochrangigen Vertreter der US-Präsidialverwaltung berichtet, Washington erwäge Maßnahmen, gegenüber dem Iran, der Venezuela mit Öl versorgt. Washington sei absolut davon überzeugt, dass die venezolanische Regierung dem Iran „tonnenweise Gold“ als Gegenleistung zahlt.

Der iranische Verteidigungsminister Amir Khatami riet den Vereinigten Staaten am Mittwoch, die iranischen Tanker auf dem Weg nach Venezuela nicht zu behindern.

Auch ein nicht genannter Militärbeamter äußerte sich gegenüber der Nachrichtenagentur ISNA zu der Warnung der US-Marine, sich den US-amerikanischen Kriegsschiffen im Persischen Golf und im Golf von Oman nicht auf mehr als 100 Meter anzunähern. Solche Warnungen würden die Aufgaben des Iran in der Region nicht beeinträchtigen, hieß es.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32667/63/326676359_0:172:3149:1876_1000x0_80_0_1_ef677fa1168e1ac62dcee92a8a193ca7.jpg.webp

Dnronline.su: In den letzten 24 Stunden wurden in der DVR 35 neue Fälle von Infektionen mit COVID-19 festgestellt, teilt der Pressedienst des Gesundheitsministeriums der DVR mit.

Alle Infizierten sind Kontaktpersonen zu bereits zuvor erkrankten Personen. Die Zustand der Patienten ist derzeit zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige medizinische Behandlung. 21 Personen wurden nach zwei negativen Test in den letzten 24 Stunden als gesund entlassen. Am 21. Mai 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 305 Fälle von Infektionen registriert. 223 Patienten sind derzeit in Behandlung, 73 als gesund entlassen, es gibt neun Todesfälle.

de.sputniknews.com: **USA geben strategische Konkurrenz mit China zu – Bericht**

Die USA haben eine langfristige Konkurrenz zu China zugegeben. Wie aus einem am Mittwoch veröffentlichten Bericht zur strategischen Herangehensweise der USA an China hervorgeht, ist Washington aber auch zu konstruktivem Zusammenwirken bereit – wenn die Interessen übereinstimmen.

Den Bericht legte die Administration des US-Präsidenten dem Kongress am Dienstag vor. Beim Zusammenwirken mit Peking setzt sich Washington demnach zwei Ziele. Erstens sollen US-amerikanische Institutionen, Allianzen und Partnerschaften gestärkt werden, um den Herausforderungen seitens Chinas zu begegnen.

Zweitens soll Peking gezwungen werden, seine Aktivitäten, die den lebenswichtigen Interessen der USA bedrohen, zu reduzieren oder gar zu stoppen.

In dem Bericht wird aber betont, dass die Konkurrenz nicht zu Konfrontationen oder einem Konflikt führen darf und dass die USA die Zusammenarbeit mit China begrüßen und mit einem fairen Wettbewerb rechnen.

„Die Vereinigten Staaten geben eine langfristige strategische Konkurrenz zwischen unseren beiden Systemen zu. (...) Die US-Regierung wird auch weiter die amerikanischen Interessen verteidigen und den amerikanischen Einfluss erweitern“, heißt es in dem Dokument.

„Gleichzeitig sind wir dort, wo unsere Interessen übereinstimmen, wie früher für ein vonseiten Chinas konstruktives, auf Ergebnisse zielendes Zusammenwirken offen“, heißt es weiter in dem Bericht.

Lug-info.com: **In der LVR sind bisher 356 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert, teilte die Gesundheitsministerin der LVR Natalija Paschtschenko mit.**

de.sputniknews.com: **Libyen: Keine Einigung mit Haftar mehr – Regierung in Tripolis lehnt Waffenruhe ab**

Die Nationale Einheitsregierung Libyens hat die von Marschall Chalifa Haftar, dem Befehlshaber der Libyschen Nationalarmee, angekündigte Waffenruhe abgelehnt. Sie betrachtet sie als Versuch Haftars, neue Niederlagen zu vermeiden. Dies sagte der Sprecher der Einheitsregierung in Tripolis, Mohammed al-Kablai, gegenüber RIA Novosti. Zuvor hatte die Libysche Nationalarmee bekanntgegeben, die Kampfhandlungen für den Ramadan-Monat auszusetzen. Die Regierung in Tripolis stellte die Kämpfe nicht ein und brachte die Luftwaffenbasis Al-Watia und die Städte Badr und Tiji im Westen Libyens unter ihre Kontrolle.

„Die Einheitsregierung (in Tripolis – Anm. d. Red.) hat zuvor ihre Position hinsichtlich der Waffenruhe dargelegt und diese vollständig abgelehnt, weil es sich dabei um den Versuch handelt, Zeit zu gewinnen und Haftar und seine Formationen vor immer neuen Niederlagen zu retten“, so Al-Kablai.

Der Sprecher fügte hinzu, dass die Nationale Einheitsregierung in ständigem Kontakt zu Russland stehe. Es gebe reguläre Kontakte zwischen dem Außenminister der Nationalen Einheitsregierung, Mohammed at-Taher Siala, und dem Nahost-Beauftragten des russischen Präsidenten, Michail Bogdanow.

„Die russische Regierung weiß nur zu gut, dass Haftar es war, der die Waffenruhe und die Einstellung der Aggression abgelehnt hatte, als der Chef des Präsidialrates (Nationale Einheitsregierung – Anm. d. Red.), Fajis Sarradsch, in Moskau mit russisch-türkischer Unterstützung ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnete.“

Im Januar hatten in Moskau innerlibysche Verhandlungen unter Teilnahme von Vertretern Russlands und der Türkei stattgefunden. Haftar verließ Moskau, ohne das Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung von Fajis Sarradsch unterzeichnet zu haben. Die Delegation der Nationalen Einheitsregierung signierte das Dokument und reiste nach Istanbul weiter.

Seit dem von der Nato unterstützten Sturz des langjährigen Staatschefs Muammar al-Gaddafi vor neun Jahren steckt Libyen im Kriegschaos und wird von einer Doppelherrschaft geführt. Die von der UN anerkannte Regierung von Fajis al-Sarradsch in Tripolis kontrolliert den Westen des nordafrikanischen Landes und befindet sich in einer Dauerauseinandersetzung mit der Libyschen Nationalarmee von Chalifa Haftar. Diese kooperiert mit dem vom Volk gewählten Abgeordnetenrat, der im Osten Libyens das Sagen hat. Haftar versucht seit April 2019, die Macht in Tripolis zu ergreifen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32635/03/326350313_0:208:3002:1832_1000x0_80_0_1_7e0832e5ae3ef76836a207d1f3f89b8d.jpg.webp

nachmittags:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 21.05.2020

Nach Angaben, die von den Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden achtmal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kriegsverbrecher der 58. Brigade unter Kommando von Kaschtschenko die **Siedlungen des Bergwerks 6/7 und des Gagarin-Bergwerks** sowie **Oserjanowka** und **Schirokaja Balka** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 57. Brigade Mischantschuks und der 28. Brigade Martschenkos das Feuer mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen auf **Staromichajlowka, Spartak** und das **Gelände des Donezker Flughafens** eröffnet. Zusätzliche Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch von unseren Beobachtern ermittelt.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure der BFU Kaschtschenko, Mischantschuk und Martschenko hinzuzufügen.

Wir stellen weiter die **Verminderung von allgemein zugänglichen Straßen durch die BFU** fest. Nach uns vorliegenden Informationen haben Kämpfer aus der 58. Brigade 900 Antipanzerminen an einem Abschnitt parallel zur Straße nach Nowgorodskoje installiert. Strafsoldaten aus der 54. Brigade haben mehr als 500 Antipanzerminen auf landwirtschaftlichen Feldern in Troizkoje installiert. Diese Sachverhalte zeugen von der Untätigkeit des Stab der OOS in Fragen der Entminung, was die Zivilevölkerung und

Mitarbeiter der OSZE in Lebensgefahr bringt.

Die Folgen solcher verbrecherischen Handlungen lassen nicht lange auf sich warten. So geriet gestern im Marjinka-Bezirk ein Traktor zwischen den Dörfern Nowomichajlowka und Slawnoje bei landwirtschaftlichen Arbeiten auf eine Sprenganlage, die von Kämpfern der 28. Brigade installiert worden war. Der Fahrer wurde leicht verletzt. Und das ist nicht der einzige Fall, dass Zivilisten auf ukrainische Minen geraten. Im ersten Regierungsjahr W. Selenskys wurden auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium 79 Zivilisten aus diesem Grund verletzt.

In diesem Zusammenhang wenden wir uns an unsere Mitbürger, die auf den zeitweilig von den BFU besetzten Territorien leben – seien Sie äußerst wachsam und fahren Sie nicht abseits von allgemein zugänglichen Straßen. Informieren Sie Mitarbeiter der OSZE über Fälle von Verminung von Örtlichkeiten durch ukrainische Truppen und fordern Sie von den Behörden den Abzug der Einheiten und Technik der BFU aus den Ortschaften.

Wie wir mitgeteilt haben, wurden die **Einheiten der Volksmiliz der DVR gestern in höchste Gefechtsbereitschaft versetzt** worden.

Im Rahmen der Umsetzung dieser Maßnahmen wurden die Sanitätseinheiten und -einrichtungen der Volksmiliz zu 100% mit der notwendigen Ausrüstung und Medikamenten ausgestattet. Die reguläre Technik ist funktionsfähig, das medizinische Personal professionell ausgebildet. Die Koordination der Aktivitäten und die Fertigkeiten der Militärmediziner haben die Fähigkeit der Sanitätseinheiten demonstriert, im Falle einer Verschärfung der Lage entlang der Kontaktlinie nicht nur Soldaten, sondern auch Zivilisten qualifizierte Hilfe zu leisten.

de.sputniknews.com: **Warum haben die USA Angst vor neuem Ekranoplan?**

„Seemonster“ und andere russische Entwicklungen

Natalia Pawlowa

Ausländische Massenmedien zeigen Interesse an militärischen Neuentwicklungen Russlands. So schreiben die Amerikaner über das "Seemonster" aus Russland - den A-050 „Ekranoplan“. Die Chinesen machen auf das Atom-U-Boot der neuen Generation „Chabarowsk“ aufmerksam, den Träger des nuklearen unbemannten Unterwasserfahrzeugs „Poseidon“. Russland baut ein neues "Seemonster" - A-050 Ekranoplan, berichtet das US-Portal „We Are the Mighty“. Laut der Ausgabe wird das dynamische Luftkissenfahrzeug schon in diesem Jahr eingesetzt. Die A-050 „Tschaika-2“ wird eine Weiterentwicklung des experimentellen "Kaspischen Monsters" sein, das als Grundlage für den Ekranoplan-Raketenträger "Lun" diene.

Die bekanntesten und erfolgreichsten Ekranoplane der UdSSR sind die Projekte „Lun“ und „Orljonok“. Mehrtonnenfahrzeuge vom Typ „Lun“ beschleunigten auf 500 Stundenkilometer, waren mit Schiffsabwehrraketen bewaffnet und für Radargeräte praktisch unsichtbar. Im Interview mit Sputnik kommentierte der militärpolitische Experte Andrej Koschkin die Veröffentlichung in der amerikanischen Presse und bewertete die Eigenschaften der neuen Maschine.

„Die Befürchtungen amerikanischer Experten bezüglich unseres ‚Ekranoplans‘ sind begründet, da es sich um eine vielversprechende Plattform handelt, die bereits Traditionen hat. Alles begann mit dem ‚Kaspischen Monster‘, dann wurde das Atom-U-Boot ‚Chabarowsk‘ der russischen Marine ‚Lun‘ geschaffen, und seine Eigenschaften überraschten den Westen. Es ist nach seinen Eigenschaften etwas zwischen einem Boot und einem Luftkissenfahrzeug. Er schützt recht sicher die Grenzen sowohl in den Gewässern des Schwarzen und Kaspischen Meeres als auch auf der Nordmeerroute. Der ‚Lun‘ hatte eine Anti-Schiffs-Rakete. Und das neu geschaffene Projekt ist hinsichtlich der Leistungsmerkmale um das Zehnfache stärker. Die A-050 „Tschaika-2“ wiegt ungefähr 50 Tonnen, kann aber eine Nutzlast von neun Tonnen (hundert gut bewaffnete Infanteristen) tragen und natürlich Raketen im Einsatz haben. Die Schaffung von neuen Ekranoplanen ist sehr vielversprechend“, betonte der Militärexperte.

Über eine andere Neuentwicklung Russlands schrieb das chinesische Portal „Zhongguo junwang“, nämlich, dass die russische Armee eine neue Angriffsmethode für Atomtorpedos von U-Booten entwickelt habe. Es geht um das Atom-U-Boot ‚Chabarowsk‘ der russischen Marine, das zum Standardträger der unbemannten U-Boote ‚Poseidon‘ werden wird.

Die "Chabarowsk" soll in den nächsten ein oder zwei Monaten gestartet werden, die Tests werden mindestens zwei Jahre dauern, teilte eine Quelle im russischen militär-industriellen Komplex im April mit. Der Militärbeobachter Viktor Baranets kommentiert:

„Erstens ist dies ein unbemanntes U-Boot mit einem mächtigen Atomsprengkopf. Es kann sich in einer Tiefe von mehr als einem Kilometer im Meer befinden, bis wohin kein U-Boot tauchen kann. Zweitens liegt die Geschwindigkeit dieser ‚Rakete‘ zwischen 90 und 100 Knoten, ungefähr 50 Stundenkilometer. Heute gibt es weltweit kein einziges U-Boot, das ein Ziel in einer solchen Tiefe treffen kann. Drittens ist das Boot eine Interkontinentalwaffe, für die die Reichweite kein Problem darstellt. Es kann leicht die Erde umrunden. Nachdem sich das unbemannte Fahrzeug unmerklich dem Ufer genähert hat, gräbt es sich in den Schlamm, wo es nicht erkannt werden kann, und wartet auf das Kommando“, zitierte den Experten die Föderale Nachrichtenagentur.

Im April fand im Werk „Sewmasch“ in Sewerodwinsk die offizielle Startzeremonie des ersten Testboots „Belgorod“ statt. Dieses Mehrzweck-Tauchboot ist ein experimentelles Boot für die Drohne „Poseidon“. Das Boot gehört zum Antey-Projekt, das speziell für das Poseidon-System überarbeitet wurde.

Der russische Präsident Wladimir Putin kündigte die Entwicklung von „Poseidon“ erstmals 2018 in einer Botschaft an die Föderale Versammlung an. Ihm zufolge können solche Drohnen sowohl mit konventioneller als auch mit Nuklearmunition ausgerüstet werden, wodurch sie mehrere Ziele treffen können, darunter Flugzeugträgergruppen, Küstenbefestigungen und Infrastruktur.

Die Entwicklungen in der Militärtechnologie können auch im zivilen Bereich angewendet werden. Die Vereinigte Flugzeugbau-Holding arbeitet an einem Überschall-Passagierflugzeug, in dem die Entwicklungen des strategischen Bombers Tu-160 angewendet werden können. Nach Angaben des Zentralen aerodynamischen Instituts (ZAGI) wurden bereits Triebwerksparameter für ein ziviles Überschallflugzeug ermittelt. Generalmajor Wladimir Popow, ein angesehener Militärpilot, sieht für das neue Flugzeug gute Perspektive. „Das Triebwerk ist das Herz eines Flugzeugs. Die Triebwerke, die in Kampfflugzeugen installiert sind, sind normalerweise Multimode-Triebwerke, die mit Nachbrenner-Aktivierungssystemen verbunden sind. Wir haben bereits Entwicklungen, die verwendet werden können, auch für den Bau von Zivilflugzeugen. Es gibt einige Indikatoren für geringen Lärm oder Emissionen. Dies wird jedoch nicht als großes Problem angesehen“, sagte Wladimir Popow im Gespräch mit Sputnik. Seiner Meinung nach kann in wenigen Jahren ein neues ziviles Überschallflugzeug geschaffen werden. „Ich denke, zwei oder drei Jahre – und dieses Projekt kann umgesetzt werden. Es gibt große Fortschritte.“



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32716/77/327167799_122:0:1850:935_1000x0_800_1_3e054b20f61cf8217010a69331fa9236.png.webp

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A.

Osadtschij

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt. Der Gegner unterlässt die Versuche nicht, die Situation an der Kontaktlinie zu destabilisieren, Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK haben die Straftruppen der BFU in den letzten 24 Stunden wieder das Regime der Feueinstellung verletzt.

In **Richtung Swetlodarsk** haben Kämpfer der 24. Brigade **Kalinowka** mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

Die ukrainischen Besatzer nutzen weiter die die friedliche Bevölkerung als lebendes Schild. Die hinterhältigen Kämpfer stationieren **Technik in Wohngebieten von Ortschaften**, von wo aus die das Territorium der Republik beschießen.

Im Verantwortungsbereich der 25. Brigade wurde die Stationierung von zwei Schützenpanzern in einem Wohngebiet von Staniza Luganskaja bemerkt.

Im Verantwortungsbereich der 30. Brigade am Rand von Solotoje-4 wurde die Stationierung von vier Schützenpanzerwagen bemerkt, ein weiterer Schützenpanzer ist an einem Checkpoint in der Nähe der Trennungsabschnitts im Gebiet von Solotoje stationiert.

Um die Entdeckung der Technik der BFU, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen stationiert ist, zu verhindern, schaffen die Einheiten der ukrainischen Verbrecher weiter **Hindernisse für die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission**, die Flüge über dem von den BFU besetzten Territorium absolvieren. Es wurde die Aktivität einer mobilen Gruppe für elektronische Kriegführung aus dem 20. Bataillons für elektronische Kriegführung im Verantwortungsbereich der 30. Brigade entdeckt, die die Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission im Gebiet von Solotoje blockieren.

In der letzten Woche haben Kämpfer der BFU täglich das Gebiet von Beresowskoje beschossen, um die Reparaturarbeiten zur Wiederinbetriebnahme der Hochspannungsleitung Michajlowka – Kommunarskaja, die durch einen Beschuss der ukrainischen Seite beschädigt wurde, zu sabotieren. Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE auf, ihre Untätigkeit zu beenden und die ukrainische Seit ezu zwingen, ihre Verpflichtungen zur Einhaltung eines Regimes der Feueinstellung einzuhalten! ...

Zum Abschluss möchte ich sagen, dass die Truppenteile und Verbände der Volksmiliz der LVR sich in höchster Gefechtsbereitschaft befinden, auf den Übungsplätzen der Republik werden Übungen von Einheiten durchgeführt. Wir nehmen weiter die Position einer friedlichen Regelung des Konflikts ein, aber wir sind dennoch bereit, den Feind entschieden abzuweisen! Für uns hat, wie zuvor, das Leben und die Gesundheit unserer Bürger höchste Priorität, in diesem Zusammenhang sind die medizinischen Einrichtungen und die

Sanitätseinheiten der Volksmiliz in Bereitschaft versetzt für den Fall, dass es notwendig wird, Opfern der ukrainischen Aggression hochqualifizierte medizinische Hilfe zu leisten.

de.sputniknews.com: **Peking tüftelt am Gesetz gegen Separatismus in Hongkong – Medien**

Die Delegierten des Nationalen Volkskongresses – des höchsten gesetzgebenden Organs Chinas – werden auf der bevorstehenden Tagung einen Gesetzentwurf über das Verbot untergrabender und separatistischer Aktivitäten in Hongkong vorstellen. Dies berichtet die Zeitung „South China Morning Post“ unter Berufung auf ihre Quellen.

Die Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses wurde wegen der Coronavirus-Epidemie um zwei Monate verschoben und soll nun am Freitag, dem 22. Mai, in Peking beginnen. Nach Angaben der Zeitung wird der Gesetzentwurf über nationale Sicherheit, der eigens für Hongkong ausgearbeitet wurde, das Verbot von untergrabenden und separatistischen Handlungen vorsehen.

Laut der Quelle soll das Gesetz Aufwiegelung jeder Art, die auf den Sturz der Zentralregierung abzielt, sowie Terrorismus und Einmischung von außen verbieten.

Die Zentralregierung sei zu dem Schluss gelangt, dass die Gesetzgebende Versammlung von Hongkong nicht imstande sei, einen Gesetzentwurf über nationale Sicherheit unter Berücksichtigung des politischen Klimas in dieser Region anzunehmen. Aus diesem Grund sei die entsprechende Gesetzgebungsinitiative dem Nationalen Volkskongress zur Erörterung vorgelegt worden, heißt es. „Wir können Handlungen wie die Schändung der Nationalflagge und des Wappens nicht länger zulassen“, wird die Quelle von der Zeitung zitiert.

Es wird berichtet, dass ein Konzept des Entwurfs dem Nationalen Volkskongress am Freitag vorgelegt werden soll.

Anfang Juni 2019 hatten in Hongkong Massenproteste stattgefunden, die durch die Prüfung des Gesetzentwurfs über Auslieferung ausgelöst wurden. Darauf machten die Behörden von Hongkong Zugeständnisse, und der Gesetzentwurf wurde Anfang Oktober abgerufen. Doch die Protestaktionen endeten damit nicht. Im Laufe eines halben Jahres haben mehr als 900 Demonstrationen, Marschzüge und sonstige Protestaktionen in Hongkong stattgefunden. Die Forderungen der Protestler liefen unter anderem darauf hinaus, eine Direktwahl des Verwaltungschefs der Region durchzuführen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32689/34/326893401_0:193:3072:1855_1000x0_80_0_1_344877d1cc1e56f8a3d31eb215bf0e62.jpg.webp

Mil-Inr.info: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 21. Mai 2020**

Die Kämpfer der ukrainischen bewaffneten Formationen ignorieren die Minsker Vereinbarungen und all unsere Versuche zur Regelung des Konflikts auf friedlichem Weg und

beschießen weiter das Territorium der Republik.

So wurde heute in Richtung **Slawjanoserbsk** in der Folge durch Beschuss von Seiten der **BFU ein Verteidiger der Republik verletzt**.

Unsere Aufklärung hat die Feuerstellung entdeckt, von der aus geschossen wurde. Durch erwidertes Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurde die **feindliche Feuerstellung**, von der der Gegner regelmäßig unsere Verteidiger beschossen und friedliche Einwohner der Republik terrorisiert hat, **vernichtet**. Die Verluste des Gegners betragen einen Toten und zwei Verletzte.

Wir wenden uns an jeden ukrainischen Soldaten! Kein einziger Eurer Schüsse wird mehr unbestraft bleiben! Für jede in Richtung der Republik abgefeuerte Kugel erwartet Euch eine entsprechende Antwort und nicht abwendbare Vergeltung!!

Außerdem haben nach Informationen unserer Beobachter Einheiten der 93. Brigade der BFU, die durch ihr Kommando durch verlogene Gerüchte über einen möglichen Angriff unserer Einheiten eingeschüchtert wurden, Örtlichkeiten vermint. Nach allem zu urteilen wurden die neuen Minensperren wegen der den Kämpfern der BFU eigenen Nachlässigkeit nicht in den Karten der Minenfelder eingetragen. Heute Morgen haben unsere Beobachter bemerkt, dass vermutlich ein Lastwagen der 93. Brigade der BFU bei der Fahrt aus Krymskoje in Richtung Nishneje auf eine Mine geriet. Nach uns vorliegenden Informationen starb aufgrund der Detonation ein ukrainischer Kämpfer und drei wurden verletzt.

abends:

de.sputniknews.com: **Wie steht es um ukrainisch-russische Beziehungen nach einem Jahr der Präsidentschaft von Selenski?**

Von Nikolaj Jolkin

Vor einem Jahr, als Wladimir Selenski nach seinem Wahltriumph über Petro Poroschenko Präsident wurde, gerieten viele in der Ukraine wie in Russland in Euphorie. Man traute ihm zu, wenigstens einen Teil davon wiederherstellen zu können, was in den fünf vorhergehenden Jahren ruiniert worden war. Den großen Erwartungen wurde er aber nicht gerecht.

In dem total russischsprachigen Kriwoi Rog geboren, distanzierte sich Selenski von den nationalistischen Übergriffen seines Amtsvorgängers. Und ein positiver Wandel setzte tatsächlich ein, meint Maxim Jussin, Politologe von der Tageszeitung "Kommersant".

„Erstens wurde der Dialog der Präsidenten Russlands und der Ukraine wiederaufgenommen. In letzter Zeit hatte sich Wladimir Putin überhaupt geweigert, mit Petro Poroschenko zu reden, beantwortete nicht einmal seine Telefonanrufe.“

„Zweitens wurde die Rhetorik merklich milder“, so der Experte. „Der neue Präsident sah von den Seitenhieben ab, die sein Amtsvorgänger mit und ohne Anlass Moskau versetzt hatte. Allmählich hörten auch die russischen Behörden auf, mit Provokationen zu rechnen wie etwa den Versuchen ukrainischer Kriegsschiffe, unter der Krim-Brücke zu passieren. Selenski wollte offenbar die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht verschärfen. Zu den Errungenschaften lässt sich auch der mehrmalige Austausch von Kriegsgefangenen und Häftlingen zählen.“

Jussin fährt fort: „Letztendlich gelang auch eine Einigung über den Gastransit. Im Unterschied von Poroschenko hielt sich Selenski auch aus dem heiklen religiösen Thema der Konfrontation mit dem Moskauer Patriarchat heraus. Alles in allem hat es nicht wenig Positives gegeben, sodass es unfair wäre, dies zu übersehen.“

Was Selenski in einem Jahr nicht schaffen konnte

Jedoch merkte der Kommersant-Kolumnist auch negative Momente an, „die sich mit der Zeit mehrten. Im Donbass gelang es nicht, die beabsichtigte Waffenruhe zu erreichen. Auch die Truppen wurden nur an den drei nicht gerade gefährlichsten Abschnitten von der Trennungslinie zurückgezogen, und auch das nur mit großer Mühe. Die Beschlüsse des

Normandie-Quartetts auf dem Pariser Gipfel im Dezember des vorigen Jahres sind nur ein Stück Papier geblieben: Kiew erfüllte seine ‚Hausarbeiten‘ nicht, es scheint dies nicht einmal beabsichtigt zu haben.“

Die Ukraine änderte ihre Gesetze gemäß dem Minsker Abkommen zum Donbass nicht. Darauf weist auch der Politologe Michail Pogrebinski hin, Leiter des Zentrums für politische Studien und Konfliktforschung in Kiew. „Nach einem Jahr seiner Präsidentschaft ist Selenski einer friedlichen Lösung des Konflikts um den Donbass nicht einen Schritt näher gekommen. Er hatte versprochen, für den Frieden sein Bestes zu tun und die erforderlichen Verhandlungen für die Beendigung des Krieges aufzunehmen. Nun erklärt er unumwunden, er sei dazu nicht bereit, und die Ukraine werde sich nicht an das Minsker Abkommen halten, weil es nicht funktioniere und man etwas anderes brauche.“

Das Volk hätte sicher eine Abkehr von der Poroschenko-Linie herbeigesehnt, erinnert sich Pogrebinski, einschließlich der Zerstreung all dieser sich herumtreibenden Mengen von Radikalen. „Die Atmosphäre hat sich gewissermaßen gewandelt. Einzelne Menschen, die für eine Vereinbarung mit Russland und dem Donbass plädieren, dürfen sich frei äußern. Unter Poroschenko war dies undenkbar. Das hatte aber nur überhöhte Erwartungen zur Folge und keineswegs einschneidende Änderungen. Letztere sind ausgeblieben. Das Faustrecht hat die Straßen nicht geräumt. Ich bin mir sicher, dass Selenski dies alles unlieb ist, aber er selbst wird von den Radikalen gehasst.“

Angst vor den Radikalen in der Ukraine

Selenski fürchte einen Konflikt mit dem sogenannten patriotischen Lager, ist sich auch Jussin sicher, nämlich der aktiven, oft erhabenen und leidenschaftlichen Minderheit, die keine Kompromisse akzeptiere. „Sie stützt sich auf national orientierte Intellektuelle in Kiew und Lwiw und hat den größten Teil der Medien monopolisiert. Diesem Andrang gegenüber sahen sich Selenski und sein Team hilflos und mussten ein Zugeständnis nach dem anderen machen.“

Der Politologe argumentiert: „Aktivisten vom nationalistischen Lager werden unter dem Druck ihrer Gesinnungsgenossen aus der Haft freigelassen, selbst wenn sie Verbrechen begangen haben und sogar eines Mordes angeklagt werden. Kein einziges spektakuläres Gerichtsverfahren gegen Mitstreiter des Ex-Präsidenten ist zum Abschluss gebracht worden. Dabei war es Selenski, der während einer Wahldebatte Poroschenko gegenüber den berühmten Satz fallen ließ: ‚Ich bin Ihr Strafurteil‘. Jetzt scherzen die Ukrainer wehmütig, das Urteil hätte auf Freispruch gelautet.“

Ist der 9. Mai kein Siegestag?

Und schließlich merkt Jussin an, dass viele Russen emotionell und psychologisch als das unangenehmste Moment die Reden Selenskis anlässlich des 75. Jahrestags bestimmter Ereignisse des Zweiten Weltkrieges empfunden haben. „Indem er über die Befreiung von Auschwitz sprach, rühmte er ausschließlich ethnische Ukrainer. Und erst recht absurd und aus historischer Sicht lächerlich war die Erklärung, die Truppen der Ersten Ukrainischen Front hätten diesen Namen getragen, weil sie aus Ukrainern gebildet worden waren.“ In Wirklichkeit wurden die Teile der Roten Armee nach der Richtung ihres Hauptschlags benannt.

Der Präsident Selenski habe es nicht geschafft, ein Team zusammenzustellen, das für das Einhalten der Versprechen sorgen würde, kritisiert Pogrebinski. „Die Hälfte seiner Rada-Fraktion machen Leute aus, für die der 9. Mai nicht der Tag des Sieges über Nazi-Deutschland ist. Unter ihnen finden sich welche, die Russland und den Donbass bitter hassen. Sie müssen ihm aber als Stütze dienen. Deshalb sieht sich Selenski gezwungen, das Gesetz über das Verbot der russischen Sprache zu unterzeichnen und bei seinen öffentlichen Auftritten Unsinn zu reden. Er ist ja ohnehin in Geschichte nicht besonders gut bewandert, man bläst ihm noch in die Ohren, die UdSSR hätte den Krieg gemeinsam mit Hitler entfesselt.“

Russisch wird aus der Ukraine verdrängt

Der ukrainische Politologe hebt hervor, dass Selenski Gesetze unterschreibt, die sich unverhohlen gegen einen Großteil der Bevölkerung, die russischsprachigen Bürger, richten.

„Erst unter ihm ist das Gesetz beschlossen worden, das alle Schulen mit Russisch als Unterrichtssprache auflöst. Mit der Erinnerungskultur geht er entsprechend um. „Auf die gemeinsame Geschichte mit Russland und die russische Sprache hat er von Anfang an gepfiffen.“

„All das hat zwangsläufig einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen und sich auf die Meinung Moskaus von dem neuen ukrainischen Präsidenten ausgewirkt“, ist sich Jussin sicher. „Natürlich hegt der Kreml Selenski gegenüber keine so negativen Gefühle wie es bei Poroschenko der Fall war. Jedoch scheint man zugleich keine Hoffnungen mehr zu hegen auf ein solides Ergebnis des Dialogs mit ihm. Es verwundert nicht, wenn Moskau über die Ukraine lieber mit Kiews westlichen Verbündeten redet, über den Kopf der jetzigen ukrainischen Führung hinweg. Davon zeugt eben der jüngste Besuch des Vizechefs der Administration des russischen Präsidenten, Dmitri Kosak, in Berlin.“

Auf der Pressekonferenz in Kiew hat Wladimir Selenski allerdings bekräftigt, sein Dialog mit Wladimir Putin müsse unvermeidlich stattfinden. Zwar hätten sie in letzter Zeit weder Verhandlungen noch Telefonate miteinander gehabt. „Gegenwärtig kümmert sich jeder wegen des Coronavirus um das eigene Land.“ Der ukrainische Präsident fügte hinzu, er sei zu Verhandlungen in einem beliebigen Format bereit, um den Konflikt im Donbass beizulegen. Ihm zufolge soll ein Treffen des Normandie-Quartetts nach der Corona-Pandemie stattfinden. Unterdessen befürworten laut Umfrage der ukrainischen Meinungsforschungsgruppe „Rejting“ 57 Prozent der Ukrainer die Tätigkeit Selenskis als Präsident, und wenn am kommenden Sonntag Präsidentschaftswahlen stattfinden würden, würde er sie mit Abstand gewinnen. Dennoch vertraut mehr als ein Drittel der Wähler (37 Prozent) Selenski nicht. Am meisten ärgert sie die anhaltende bewaffnete Auseinandersetzung im Donbass, die Vorherrschaft der Oligarchen, die Boden- und Gesundheitsreform sowie die von ihm gewählte Taktik der Bekämpfung des Coronavirus, die sich laut ihnen nicht bewährt hat.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32716/84/327168434_0:64:3127:1755_1000x0_800_1_ff29539cb30cb345950c6f6005bb4605.jpg.webp

Dnronline.su: Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin im Zusammenhang mit der Versetzung der Einheiten der Volksmiliz in Gefechtsbereitschaft

Im Zusammenhang mit der Eskalation der Situation an der Kontaktlinie, die durch eine Aktivierung der Kämpfe von Seiten der Ukraine hervorgerufen wurde, habe ich die Arbeit des Stabs der Territorialverteidigung überprüft sowie die staatlichen und militärischen Leitungssysteme in Bereitschaft versetzt, unter Bedingungen einer Verschärfung der militärischen Lage zu funktionieren.

Gemäß meinen Anweisungen sind die Einheiten der Volksmiliz in vollständige

Gefechtsbereitschaft zur Erfüllung von Kampfaufgaben versetzt worden.

So ist die Republik bereit, adäquat auf beliebige aggressive Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

Der Leiter der Volksmiliz ist angewiesen, das Niveau der Gefechtsbereitschaft der Einheiten nicht zu senken, im Fall des Beschusses der Republik entsprechend den zuvor erhaltenen Anweisungen zu handeln, die auf die Verhinderung von Verlusten unter der Zivilbevölkerung und von Zerstörungen von Objekten der sozialen Infrastruktur gerichtet sind.